



Norwegen: Polizei sieht Bogenangriff als „Terrorakt“

KONGSBERG Der Anschlag eines Bogenschützen in Norwegen wird von den Ermittlern vorläufig als mutmaßlicher „Terrorakt“ eingestuft. Der Angriff in Kongsberg habe in diesem „Stadium“ der Ermittlungen „den Anschein eines Terrorakts“, teilte der norwegische Geheimdienst PST gestern mit. Der festgenommene Tatverdächtige, ein 37-jähriger Däne, hatte am Mittwochabend fünf Menschen getötet und drei weitere verletzt. Er war der Polizei als potenziell radikalisierter Muslim bekannt.

Bei dem 37-Jährigen handele es sich um einen „Konvertiten zum Islam“, sagte der Polizeibeamte Ole Brendrup Sæverud bei einer Pressekonferenz. „Es gab schon früher Befürchtungen einer Radikalisierung“, sagte Sæverud. Diesen Befürchtungen sei im vergangenen Jahr und davor nachgegangen worden. In diesem Jahr habe es bei dem Mann aber keine Hinweise mehr auf Auffälligkeiten gegeben. Das genaue Tatmotiv sei noch unklar.

„Wir sind erschüttert von diesen Ereignissen“, sagte die scheidende Ministerpräsidentin Erna Solberg. Gestern übernahm der Sozialdemokrat Jonas Gahr Store die Regierungsgeschäfte, nachdem seine Partei die jüngsten Parlamentswahlen gewonnen hatte. Store beklagte seinerseits die „schrecklichen Taten“. Norwegens König Harald zeigte sich „entsetzt über die tragischen Ereignisse“. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier erklärte in einem Kondolenzschreiben, er habe „mit großer Bestürzung und tiefer Trauer“ von der „abscheulichen Gewalttat“ erfahren.

AFP
Einblicke – Seite 3



Foto: AFP/Anwar Amro

Sechs Tote bei Gefechten in Beirut

BEIRUT Der Streit um die schleppende Aufarbeitung zur Explosion von Beirut ist in der libanesischen Hauptstadt auf tödliche Weise eskaliert. Bei einem Protest kam es dort am Donnerstag zu Schüssen und schweren Feuergefechten auf offener Straße. Mindestens sechs Menschen wurden Innenminister Bassam Maulawi zufolge getötet, 30 weitere laut Rotem Kreuz verletzt. Auf Videos waren Verwundete zu sehen sowie bewaffnete Männer bei Schusswechseln in Wohnvierteln.

dpa

Kritik an Gehalt für Woelki in Auszeit

Bewegung „Wir sind Kirche“ und Steuerzahlerbund NRW fordern von Kölner Kardinal Ablehnung der Bezüge

Die gegenüber der Amtskirche kritische Bewegung „Wir sind Kirche“ und der Steuerzahlerbund (BdSt) Nordrhein-Westfalen haben die Ankündigung des Erzbistums Köln scharf kritisiert, dass der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki auch während seiner mehrmonatigen Auszeit sein volles Monatsgehalt weiter erhalte.

„Wir sind Kirche“-Sprecher Christian Weisner erklärte gegenüber unserer Redaktion: „Kardinal Woelki sollte sich nicht schon wieder gegen berechnete Kritik taub stellen. Nach dem Kommunikationsdesaster der vergangenen beiden Jahre wäre der Kardinal gut beraten, auf Gelder zu verzichten, selbst wenn diese ihm rechtlich zustehen sollten.“

Das Erzbistum Köln hatte argumentiert: „Eine geistli-

Verzichten Sie, Herr Woelki!

KOMMENTAR



Stefanie Witte
s.witte@noz.de

Mehr als 13 800 Euro monatlich bekommt der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki während seiner sechsmonatigen Auszeit.

Da mag sich mancher die Augen reiben und die eigene Berufswahl hinterfragen. Bei genauerer Betrachtung schließen sich aber vor allem zwei grundsätzliche Fragen an: Darf er das? Und: Sollte er das?

Die erste Frage lässt sich vergleichsweise schnell klären. Der Steuerzahlerbund kritisiert zwar, Woelkis Auszeit komme einer Freistellung bei vollen Bezügen gleich; seine eigentliche Arbeit verrichte er nicht, also solle er auf sein Gehalt verzichten. Rechtlich ist der Vorgang jedoch unpro-

blematisch: Auch wer freigestellt ist, ob in der Kirche oder in der freien Wirtschaft, darf sein Gehalt weiter beziehen.

An der zweiten Frage – sollte der Kardinal dieses Gehalt annehmen – wird sich dagegen der Zorn vieler entzünden: Ein Kardinal, der so viele Fehler gemacht hat, dass er derzeit als Kölner Erzbischof nicht tragbar ist, nimmt weiterhin so viel Geld an? Hier geht es immerhin nicht um einen VW-Manager, sondern um einen Kirchenoberen, für den höchste moralische

Ansprüche gelten (sollten).

An der Causa Woelki könnte sich nun einmal mehr eine Grundsatzdebatte entzünden: Wie lange sollen eigentlich noch Gehälter für Bischöfe und andere Kirchenangestellte in Staatsleistungen einfließen? Wie lange also soll ein atheistischer, agnostischer oder muslimischer Steuerzahler dafür noch mit seinem Steuergeld aufkommen?

Für den Moment läge es aber an Woelki, Kritiker zu widerlegen, indem er schlicht auf sein Gehalt verzichtet.

Deutschland auf. Diese werden wie auch andere Gehälter in der Kirche im Rahmen von Staatsleistungen, also vom Steuerzahler, übernommen. Im Zusammenhang damit müsse man auch ganz grundsätzlich das Erzbistums Köln – und wer darüber zu entscheiden habe – hinterfragen.

BdSt-Haushaltsexperte Markus Berkenkopf kritisierte in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“: „Wenn Bezüge fortbezahlt werden, ohne dass die eigentliche Arbeit verrichtet wird, ist das nicht in Ordnung.“ Aus Sicht des Steuerzahlerbundes kommt die Auszeit einer Freistellung gleich. „Diese sollte ohne Bezüge erfolgen, zumal die Bischofsgehälter aus Steuermitteln, also von der Allgemeinheit, finanziert werden.“

swi, KNA



Foto: dpa/Vogue

Adele
Heute neue Single,
am 19. November
neues Album

Leute – Seite 23

Berlin-Wahl
Pannen haben
juristisches
Nachspiel

Politik – Seite 4

Vulkanausbruch
Lage auf der
Insel La Palma
spitzt sich zu

Panorama – Seite 8

Haarausfall
Friseur gibt Tipps,
was man dagegen
tun kann

Gut zu wissen – Seite 24

Das Wetter im Osnabrücker Land

Freitag	Sonnabend	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch
15° 4°	13° 5°	15° 8°	17° 12°	19° 14°	20° 13°

Telefon: 05431/9406-0 | Abo-Service: 05431/9406-22 | Anzeigen: 05431/9406-33

Fußgängerzone in Fürstenaue kommt

FÜRSTENAU Ab dem Adventswochenende wird die Große Straße in Fürstenaue zeitweise zur Fußgängerzone. Das hat der Fürstenaue Stadtrat in seiner jüngsten Sitzung beschlossen. Demnach wird die Große Straße von Samstagmittag bis Sonntagmorgen für den Autoverkehr gesperrt. Der Bereich soll mit drei automatisch versenkbaren Pollern, die in die Fahrbahn eingelassen werden, abgesperrt werden. *ja*

Lokales – Seite 15

Studie: Deutsche blicken ängstlich in die Zukunft

Mangelndes Vertrauen in den Staat angesichts der Krisen

KÖLN Zwei Drittel der Deutschen blicken einer Studie zufolge ängstlich in die Zukunft. Mangelndes Vertrauen in Staat und Institutionen sowie die Angst vor gesellschaftlicher Spaltung forcieren demnach einen Rückzug ins Private. Gleichzeitig wachse bei einem Teil der Bevölkerung aber auch die Bereitschaft, allein oder mit Gleichgesinnten für eine lebenswerte Zukunft tätig zu werden. Das sind Erkenntnisse einer repräsentativen und

tieferpsychologischen Untersuchung des Kölner Rheingold-Instituts in Zusammenarbeit mit der Stiftung für Philosophie Identity Foundation in Düsseldorf.

Schwere Krisen hätten das Vertrauen in die Zukunft fundamental erschüttert, sagte Rheingold-Gründer Stephan Grünwald. Die größte Zukunftsangst betrifft demnach den Klimawandel mit seiner fortschreitenden Polarisierung und dem Auseinanderdriften der Gesellschaft. Das

Regierungshandeln während der Corona- und Klimakrise sei als unzulänglich erlebt worden.

61 Prozent stimmen laut Studie dem Satz „Deutschland steht vor einem Niedergang“ zu, 88 Prozent der These „Durch Krisen wie Corona und den Klimawandel stehen uns drastische Veränderungen bevor“. Viele entwickelten aber auch das Gefühl, selbst etwas Sinnvolles zu einer besseren Welt beitragen zu können.

dpa

SEITENBLICK

Philippinen-Präsident Duterte: Impfgegner im Schlaf impfen

Der umstrittene Präsident der Philippinen, Rodrigo Duterte, hat in dem Inselstaat ein weiteres Mal für Schlagzeilen gesorgt: Der Politiker erklärte, man solle Menschen, die sich nicht gegen das Coronavirus impfen lassen wollten, am besten im Schlaf die Spritze setzen. „Ich weiß, dass sich viele Leute immer noch nicht impfen lassen wollen“, sagte er. Gerade in den Dörfern sollten die Behörden deshalb nach denen suchen, die sich sträuben, und „in ihre Häuser gehen, während sie schlafen, und ihnen die Spritze

geben“. Sein Sprecher Harry Roque ruderte gestern eifrig zurück, es habe sich um einen Scherz des Präsidenten gehandelt. Duterte habe eine lange Kabinettsitzung, die teilweise im Fernsehen übertragen wurde, auflockern wollen. „Um nicht einzuschlafen, brauchen wir da manchmal ein paar Witze“, sagte Roque. Der Sprecher musste in der Vergangenheit schon mehrmals bizarre Aussagen Dutertes zurechtrücken. Der Präsident steht vor allem wegen seines brutalen Kampfes gegen die Drogenkriminalität

international in der Kritik. Duterte zeigte sich zuvor frustriert darüber, dass das Virus in dem südostasiatischen Land noch immer nicht unter Kontrolle ist.

dpa



Foto: Colourbox.de

